

# „Straßenplanung schafft ein riesiges Verkehrsproblem“

**Betrifft:** „Initiative schwärmt von umstrittener Entlastungsachse“ (NWZ vom 31. Januar), „Unternehmer plädieren für neue Straße“ (NWZ vom 3. Februar) und weitere Berichte zum Thema B212neu/Umgebung Delmenhorst

Üblicherweise werden Straßen geplant, um Verkehrsprobleme zu lösen. Anders in Delmenhorst und umzu: hier wird erst eine Straße geplant, um dann ein riesiges Verkehrsproblem zu erkennen! (...) Das ursprüngliche Ziel einer besseren Verkehrsanbindung des Unterweserraumes an das Oberzentrum Bremen wird mehr und mehr als vorgeschobene Argumentation entlarvt. Der wahre Grund für die metastasenartige ausufernde Straßenplanung ist wohl eher in der angestrebten privaten Finanzierung des Wesertunnels zu suchen.

Einem potenziellen Investor muss das maximal mögliche Verkehrsaufkommen offeriert werden. Dies kann nur die Südvariante mit Entwicklungssachse bieten. Alle sachlich fachlichen Argumentationen wurden bisher missbraucht und der Wirtschaftlichkeit des Wesertunnels geopfert. Nun wird auch noch die Glaubwürdigkeit der Straßenplaner und politischen Entscheidungsträger geopfert.

Bei der Abwägung zwischen Nord- und Südvarianten der B 212n hatten die Planer u. a. die hohen Baukosten und Zerstörung wertvoller Lebensräume in der Ochtmund-Niederung als Argument gegen die Nordvarianten bemüht. Vorausgesetzt dieser Bewertungsmaßstab gilt noch, verbietet sich jede Überlegung einer weiteren kilometerlangen neuen Straße von vornherein. (...)

Die von der „IG B 212 freies Deich- und Sandhausen“ entwickelte „Verkehrsoptimierte

**LESERBRIEFE** stellen die Meinung des Einsenders dar. Sie sollten 60 Druckzeilen à 30 Anschläge nicht überschreiten. Bei der Vielzahl von Zuschriften können nicht alle berücksichtigt werden. Außerdem behalten wir uns das Recht auf Kürzung vor. Wir akzeptieren die von den Autoren gewählte Rechtschreibung. Leserbriefe per E-mail erreichen die Redaktion unter: [leserforum@nordwestzeitung.de](mailto:leserforum@nordwestzeitung.de). Zusätzlich müssen voller Name und Adresse aufgeführt sein.

Nordvariante“ (ohne Notwendigkeit einer Entwicklungsachse!) scheint mir für alle Beteiligten und Betroffenen der konfliktärmste Lösungssatz. Er hat nur einen Makel: weniger Verkehr für den Wesertunnel-Investor. Da frisches Geld für eine weitere Straße beim Bund ja offenbar kein Problem ist, wäre es vielleicht eine Überlegung wert, dieses Geld gleich in den Wesertunnel zu investieren. Damit könnte man in der Region

viel zusätzlichen Schaden vermeiden (...). Ich finde, dieser Gedanke hat durchaus charakteristische Züge...

**Werner Heier**  
Delmenhorst

Sowohl Politiker als auch die Menschen in den Städten und Gemeinden wissen, dass die Anordnung des Bundesverkehrsministeriums (...) nicht nur über den Köpfen der Politik und Verwaltung in den betroffenen Städten und Ge-

meinden vorbeigemogelt wird, sondern auch die Bürgerinnen/Bürger einer ganzen Region von Bremen bis zum Landkreis Oldenburg und Wesermarsch entmündigt.

Ich erinnere hier an das Projekt „Stuttgart 21“, wo die Politik ohne Befragung der Menschen und Berücksichtigung von deren Interessen „einfach so“ das Vorhaben durchsetzen wollte (...) Auch wenn das Projekt „Stuttgart 21“ substatziell nicht ver-

gleichbar mit der angekündigten „Westumgehungs“ ist, sie dient jedoch allemal als Vorbild einer friedlichen Bürgerwehr.

Die Bürgerinitiative „Pro B 212“ (...) lobte diese fatale Entscheidung des Bundesverkehrsministeriums für eine „Westumgehungs“ als einen „Schritt in die richtige Richtung“ und scheute sich nicht, diese auch noch zu beschönigen. Narzisstisch und auf sich selbst bezogen, nannte die Initiative „Pro B 212“ in ihrer Pressemitteilung die angeblühche Verkehrsbelastung für Delmenhorst als Hauptgrund und untermauerte diesen noch mit wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Aspekten.

Die Initiatoren der „Pro B 212“ haben ihre Position durch die vorrillige öffentliche Stellungnahme festgelegt und sich als nicht ernst zu nehmende Diskussionspartner für die Politik, Verwaltungen und die Menschen der Region disqualifiziert. Darum: „Wer zuletzt lacht, lacht am besten.“

**Martin Fagerl**  
Ganderkesee

Die Ansicht von Herrn Mausolf („Wenn wir die Möglichkeit haben, aus Bundes-

mitteln eine Straße zu bekommen, sollten wir ... die Chance nutzen“) basiert auf einer sehr vereinfachten, leider sehr verbreiteten Denkweise, die einfach falsch ist. Nicht jede neue Straße, nicht ein einfaches in die Landschaft gepflanztes Gewerbegebiet bringt wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze, wie immer suggeriert wird.

Ich war selber in den 90er Jahren für Deutschlands größtes Bauunternehmen in den neuen Bundesländern tätig, wir haben dort unheimlich viele neue Gewerbegebiete und Straßen gebaut. Was aus den meisten dieser Gebiete und auch Straßen geworden ist, kann sich jeder denken. Es treibt einem die Tränen in die Augen, wenn man auf gelegentlichen Reisen die Entwicklung dieser Baustunden heute sieht.

Einfach eine Straße zu bauen, weil möglich und man Geld dafür vom Bund bekommt, ist deshalb falsch, kostet nur sinnlos Umwelt und belastet Umwelter und Bewohner. (...) Straßenbau darf daher nur nach ausführlicher Prüfung dort, wo es sinnvoll und wirkungsvoll ist, stattfinden, nicht einfach, weil man Geld vom Bund dazubekommt.

**Heliko Stalling**  
Delmenhorst

NWZ  
Bonds  
Lern backe  
09.02.11